Helmut Wiesenthal

Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation

Antrittsvorlesung

21. November 1994

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät III
Fakultätsinstitut für Sozialwissenschaften

Herausgeberin:
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser

Redaktion:
Gudrun Kramer
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstr. 33
10245 Berlin

Heft 48

Redaktionsschluß: 21. 03. 1995

Einleitung

Die Reformstaaten Ost- und Ostmitteleuropas haben mit dem Umbau ihrer politischen und wirtschaftlichen Ordnung ein Projekt in Angriff genommen, für das es in der Geschichte moderner Gesellschaften kein Beispiel gibt. Weder die Einführung sozialer Sicherungssysteme im vorigen Jahrhundert oder die Regimewechsel nach dem Kollaps europäischer Monarchien, noch die Kriegswirtschaften des Ersten und des Zweiten Weltkriegs oder die anschließenden Wiederaufbauphasen und ebensowenig die supranationalen Entscheidungssysteme und neuen Marktordnungen der Gegenwart halten einem Vergleich mit dem Transformationsprojekt nach dem Ende des Sozialismus stand.

Nichtsdestotrotz gilt das Projekt als aussichtsreich: Es startete - zumindest dort, wo soziale Bewegungen die Umwälzung bewirkten - mit einem soliden Konsens der Bevölkerung über die wichtigsten Transformationsziele. Es ist durch empirisches und theoretisches Wissen von vielen funktionalen Details moderner Gesellschaften informiert und insoweit besser gerüstet, politische und ökonomische Erfolgsvoraussetzungen zu beachten als das frühere Projekt des Übergangs vom Kapitalismus zum Staatssozialismus. Das Transformationsprojekt genießt darüber hinaus das Wohlwollen aller maßgeblichen Industrieländer und internationalen Institutionen.

Zweifel an der Realisierbarkeit der umfassenden Demokratisierung und des grundlegenden Umbaus der Wirtschaft sind den Teilnehmern wie den Protagonisten der Transformation ebenso fremd wie den durchweg wohlmeinenden Beobachtern. Nur bei genauerem Hinhören lassen sich kritische Stimmen sozialwissenschaftlicher Provenienz vernehmen. Sie verweisen auf Inkon-

sistenzen im Transformationsdesign, z.B. bei der synchronen Einführung von Gleichheit (im Sinne demokratischer Partizipation) und Ungleichheit (im Hinblick auf die Marktallokation von Einkommen und Gütern). Dem kritischen Beobachter im Westen gelten die neuen Institutionen, also die parlamentarische Demokratie und die dezentrale Wirtschaftskoordination, nicht als makellos. Bedenken werden auch gegen das forcierte Tempo des inszenierten Wandels vorgebracht: Derart umfangreiche und tiefgreifende Veränderungen ließen sich, so wird vermutet, besser durch schrittweises Vorgehen als durch ein sog. Crash-Programm verwirklichen.

Die Zweifel und Bedenken gegen ein Hauruck-Programm der Totalreform sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie können sich auf solide Erkenntnisse makrosoziologischer und politologischer Forschung in den letzten drei Dekaden berufen: Unter Professionsangehörigen ist das Wissen von der Unrealisierbarkeit umfassender Reformprogramme geradezu ein Gemeinplatz. Moderne Gesellschaften mit funktional differenzierten Handlungssphären und einer Pluralität autonomer korporativer Akteure gelten als ungeeignete Objekte für holistische Strategien. Da die Transformationsgesellschaften unter einem signifikanten Mangel an materialen und sozialen Ressourcen leiden, werden ihre Chancen zur gleichzeitigen Bewältigung von Demokratisierung und Wirtschaftssystemreform nicht eben günstig beurteilt, da schon in konsolidierten Gesellschaften allein inkrementalistische Reformen möglich scheinen. Der Eindruck, einer fatalen Verwechselung der Voraussetzungskontexte für umfassende Reformen beizuwohnen, verstärkt sich in dem Maße, wie kritische Sozialwissenschaftler, die traditionell Befürworter anspruchsvoller Reformprogramme im Westen waren, nach dem Start des Transformationsprojekts in die Rolle von Warnern schlüpfen und auf die Hybris des holistischen Reformdesigns verweisen.[1]

Dem Transformationsprojekt, dessen Fortgang in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei wir aus sicherer Entfernung verfolgen können, kommt offensichtlich der Status eines sozio-ökonomischen und politico-soziologischen Experiments zu. Wenn

seine Ergebnisse auf ein empirisches Dementi von bislang akzeptierten und theoretisch mehrsträngig gesicherten Wissensbeständen hinauslaufen, gewinnen wir möglicherweise neue, potentiell verallgemeinerbare Einsichten in die Erfolgsvoraussetzungen gesellschaftlicher Selbstgestaltung, die nicht nur auf die Situation in den Übergangsgesellschaften beschränkt sind. Sie bieten eventuell sogar Antworten auf Fragen, die antiquiert oder längst beantwortet scheinen wie etwa jene nach den Bedingungen der Möglichkeit einer Anpassung der Industriegesellschaft an die natürlichen Lebensgrundlagen.

In meinem Vortrag möchte ich zur Aufklärung der Diskrepanz beitragen, die zwischen der systematischen Reformskepsis zeitgenössischer Politik- und Sozialtheorien und den Anzeichen für eine gelingende Selbsttransformation postsozialistischer Gesellschaften besteht. Es geht mir dabei nicht allein um die Chancen von Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, sondern auch um eine Präzisierung des auf hiesige Politikbedingungen gemünzten "Unmöglichkeitstheorems holistischer Politik", wie ich die Nullhypothese des Experiments der Einfachheit halber bezeichnen möchte.

In einem ersten Schritt werde ich Befunde der empirischen Entscheidungswissenschaft, der Politischen Soziologie und der gesellschaftlichen Steuerungstheorie resümieren, die das "Unmöglichkeitstheorem" untermauern. Im zweiten Schritt möchte ich jene Grundlinien des Transformationsprojekts nachzeichnen, die es als Musterfall holistischer Politik ausweisen. Danach riskiere ich eine Erfolgsprognose des Transformationsprojekts und bilanziere die zur Beurteilung des "Unmöglichkeitstheorems" gewonnenen Einsichten.

1. Das "Unmöglichkeitstheorem holistischer Politik"

Holistische Politikansätze stellen in mindestens drei Hinsichten eine Herausforderung für politische Entscheidungssysteme dar: auf individueller Ebene, wo die kognitiven Voraussetzungen ra-

tionalen Entscheidens angesiedelt oder abwesend sind (1.1.), auf organisatorischer Ebene, wo es um Zielgerichtetheit und Konsistenz kollektiver Entscheidungen geht (1.2.), und auf gesellschaftlicher Ebene, wo der hohe funktionale Koordinationsbedarf anspruchsvoller Reformen zu befriedigen ist (1.3.).

1.1. Individuelle Rationalität

Holistische Politikansätze bedürfen zuverlässiger Informationen über die Variablen, die die Ausgangssituation und den angestrebten Zielzustand regulieren, sowie über die Voraussetzungen des Trajekts bzw. der Mittel, welche das Erreichen des Ziels gewährleisten sollen. Restriktionen betreffen hier die individuellen Fähigkeiten zur Informationsverarbeitung sowie die Ambiguität von Informationen über so vielfach bedingte und fluktuierende "Dinge" wie die Folgen sozialen Handelns.

Bekanntlich sind wir nicht sonderlich gut gerüstet, um unter überreichlich vorhandenen, aber qualitativ sehr zweifelhaften Informationen eine Auswahl zu treffen und die selektierten Informationen zwecks Aufklärung zukünftiger Sachverhalte in Beziehung zu setzen. Kognitionspsychologen haben beispielsweise herausgefunden, daß unsere Fähigkeit zu begreifen auf maximal sieben plus/minus zwei gleichzeitig vergegenwärtigte Informationen beschränkt ist (Miller 1956). Ist ein Sachverhalt komplizierter, vereinfachen wir ihn durch Aggregation der Einzeldaten oder durch Sequenzialisierung. Das ergibt nicht immer gute Annäherungen an eine Wirklichkeit, für die - z.B. im Hinblick auf die Realisierungsbedingungen eines anspruchsvollen Reformkonzepts - ebensogut siebenhundert oder siebentausend Variablen veranschlagt werden können.

Es wäre aber auch bei einem leistungsfähigeren Denkapparat unmöglich, in der Zukunft liegende Situationen präzise auszuloten: zum einen wegen der Komplexität und Unterbestimmtheit sozialer Phänomene, zum anderen wegen der ungenügenden Aussagekraft der verfügbaren Sozialtheorien. Trotz der großen Leistungen von

Sozialtheorien, die sich in der Tradition Durkheims um die Aufdeckung von Konventionen und Kontinuitätsgaranten sozialen Handelns - gemeint sind Normen und Institutionen - verdient gemacht haben, existiert ein weites Feld unprognostizierbarer Phänomene. Eine wachsende Teilmenge sozialer Interaktionen ist nicht (nicht mehr?) in Kategorien des normkonformen bzw. konventionellen Handelns beschreibbar, sondern nur im Rückgriff auf Absichten der Akteure bzw. ihre Folgenabwägungen. Solches Handeln ist oft strategisches Handeln, insofern als die Akteure Reaktionen anderer Beteiligter antizipieren und schon bei der Formierung ihrer Absichten in Rechnung stellen. Soweit sie dabei den möglichen Handlungskonsequenzen mehr Beachtung schenken als sozialen Erwartungen oder Konventionen und womöglich gar auf persönlichen Nutzen - und sei es nur die Begrenzung persönlicher Risiken - bedacht sind, verletzen sie nicht selten das ethische Gebot der Wahrhaftigkeit: Steuerzahler vergessen absichtlich, Zinseinkünfte in die Steuererklärung einzutragen; Arbeitnehmer verschweigen ungenutzte Leistungsreserven; Unternehmer jammern trotz günstiger Geschäftslage; Seminarteilnehmer verhehlen ihre Absicht, nach Ablieferung des Referates der Lehrveranstaltung fernzubleiben; und immer wieder sind wir irritiert, wenn Politiker ihren Konkurrenten keinen reinen Wein über Wahlkampfstrategien einschenken, sondern mit unwahren Behauptungen argumentieren und gleichzeitig eigene moralische Schwächen leugnen.

Solange sich nicht alle Beteiligten gleichzeitig eines Besseren besinnen,[2] ist die wirkliche Welt - gewiß nicht des ganzen sozialen, aber doch des politischen Lebens - eine Welt der intransparenten Kalküle, verschwiegenen Absichten und absichtlichen Fehlinformationen: eine Welt voller strategischer Unsicherheit, in der weit vorausschauende Planer große Orientierungsprobleme haben. Zudem ist Unsicherheit oft *kategorialer* Natur: Sie läßt sich nicht in Wahrscheinlichkeitswerte für alternative, aber bestimmte Ereignisse auflösen, sondern ist Unkenntnis dessen, *was* überhaupt passieren kann.

Mit gutem Grund erinnern wir uns an dieser Stelle der Sozialwissenschaften und ihres in vieler Hinsicht beeindruckenden

Theorieangebots. Doch leider ist dieses wenig geeignet, die kognitive Qualität weitreichender Reformprogramme zu gewährleisten. Sozialwissenschaftliche Theorien unterliegen gemeinhin, so Karl Weick (1985), drei Qualitätskriterien: Wir erwarten von ihnen eine möglichst *einfache*, mit drei oder vier grundlegenden Differenzierungen auskommende Begriffsstruktur. Die Begriffe sollen von einem gewissen *Allgemeinheit*sgrad sein, d.h. sich sinnvoll auf verschiedenartige Phänomene oder Kontexte anwenden lassen. Und schließlich mögen die deduzierbaren Erklärungen hinreichend *präzise*, d.h. zur multifaktoriellen Erklärung empirischer Phänomene geeignet sein.

Zeitgenössische Sozialtheorien haben durchweg das Manko, lediglich zwei, aber niemals allen drei Kriterien zu genügen. Es gibt begrifflich einfache und analytisch präzise *Handlungstheorien*, die es aber nicht erlauben, Erkenntnisse auf die Ebene gesellschaftlicher Strukturen "hochzurechnen" und dort zuverlässige Trendprognosen zu stellen. Des weiteren haben wir *Gesellschaftstheorien*, die uns faszinierende Einblicke in den Wandel grundlegender Strukturmerkmale der Gesellschaft ermöglichen und laufende Entwicklungen, wie den Anbruch von Postmoderne und Postfordismus, mit Leichtigkeit verstehbar machen, aber weder zur Erklärung von Mikro- und Meso-Phänomenen beitragen, noch diese mit ihren makroskopischen Befunden systematisch verknüpfen können. Woran es *fehlt*, sind Theorien mit einem Begriffsapparat, der Mikroanalysen so instrumentiert, daß synthetische - und nicht bloß metaphorische - Erklärungen der Makrophänomene gewinnbar sind. Solche Theorien hätten allerdings keine einfache, sondern eine hochkomplexe Begriffsstruktur. Gäbe es sie, würden sie sich wohl in formalisierter Gestalt, z.B. als Systeme simultaner Gleichungen, präsentieren. Sie wären geeignet, uns das ästhetische und intellektuelle Vergnügen des Theoriegebrauchs zu vergällen.

Worauf ich an dieser Stelle aufmerksam machen möchte, ist nicht nur eine Lücke im Theorieangebot, sondern auch unsere Neigung, Theorieproduktion und -rezeption außer an rationalen Erkenntnisinteressen auch an konsumatorischen Präferenzen auszurich-

ten. Affektiv unbefriedigende Sozialtheorien haben wenig Chancen, auch wenn sie Erklärungsgewinne offerieren. Zudem machen uns neuere Modelle rationalen Handelns auf die unkalkulierbare Kontextualität von Präferenzen und an die Präferenzbedingtheit von Kognitionen aufmerksam: Manchmal neigen wir dazu, unerreichbar scheinende Ziele, wie in der Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben, als wertlos zu deklarieren. Ein anderes Mal wünschen wir uns gerade das, was die Situation uns vorenthält: den Sozialismus, wenn wir im Kapitalismus leben; den Kapitalismus, wenn wir den Sozialismus kennen.

Die schon auf individueller Ebene wirksamen Beschränkungen rationaler Orientierung müssen skeptisch stimmen. Holistische Politikentwürfe können sich also nicht auf zuverlässiges Wissen von kontrafaktischen (weil erst noch herzustellenden) Welten stützen,[3] sondern sind den emergenten Folgen strategischen Handelns, unaufhebbarer Unsicherheit, idiosynkratischer Aufmerksamkeitsverteilung und situativer Präferenzbildung ausgesetzt.

Natürlich gibt es Ausnahmen: Auch theoretisch haltlose Interpretationen können orientierend wirken und schließlich "wahr" werden. Das ist der Mechanismus der "self-fulfilling prophecy". Doch gibt es keine Sicherheit über seine Erfolgsbedingungen. Sind mehrere Prophezeiungen im Spiele, werden niemals alle "wahr", aber alle können scheitern. Und wieviel kognitive Rationalität dürfen wir Reformpolitikern unterstellen, wenn es schon Wissenschaftlern schwerfällt, ihre affektiven Theoriepräferenzen zu kontrollieren?

1.2. Rationalitätsprobleme korporativer Akteure

Als Träger anspruchsvoller Politikprogramme kommen ausschließlich Organisationen - Regierungen, Parteien und Administrationen sowie Interessenorganisationen und heute womöglich auch Unternehmen - in Frage. Es ist ein Schlüsselproblem der Politischen Soziologie, inwieweit solche Organisationen Ziele befördern können, die ihre Eigeninteressen transzendieren und

deshalb mit den Integrationsformeln und Umweltdeutungen des exklusiven Sozialsystems “Organisation” kollidieren. Lenin und Lukács markieren mit ihren Entwürfen einer nur an ihrer Spitze wissenschaftlich illuminierten Avantgardepartei die endgültige Abkehr vom organizistisch-mechanischen Verständnis sozialer Bewegungen als Willenseinheit.

Das Steuerungsproblem sozialer Bewegungen, die im Interesse des emanzipatorischen Erfolgs nicht auf Handlungseffizienz verzichten können, konnte Lenin mit Chuzpe und Lukács mit den Erkenntnissen der Weberschen Bürokratietheorie entschärfen. Das gelang, weil der korporative Akteur, die Avantgardepartei, seine partikularen Ziele und seinen exklusiven Steuerungsanspruch im Lichte einer weithin geglaubten Logik der geschichtlichen Entwicklung zu rechtfertigen verstand. Die sich als materialistisch mißverstehende Sozialtheorie hatte die religiöse Orientierungstradition beerbt. Nicht erst seit dem Verschwinden ihrer institutionellen Reste ist die Frage nach der Möglichkeit exklusiver Repräsentationsformen für universelle Anliegen wieder offen.

Lassen wir die durchaus zum Thema gehörenden Antworten der Social-Choice-Theorie[4] einmal beiseite, so bleiben zwei Feststellungen zur Soziologie politischer Willensverbände zu treffen, die den Zweifel an ihrer Eignung als Träger holistischer Politikprogramme auf den Punkt bringen. Feststellung Nummer 1 betrifft die systematische Differenz zwischen den zur normativ-kognitiven Integration einer freiwilligen Mitgliedschaft geeigneten und den zur erfolgreichen Interaktion mit der Umwelt benötigten Deutungen. Letztere müssen “strategietauglich” sein und fallen regelmäßig so differenziert aus, daß sie - analog dem erwähnten Typ universeller und präziser Sozialtheorien - nicht als Kitt für soziale Beziehungen in freiwilligen Verbänden taugen (Wiesenthal 1993). Das Steuerungsproblem muß also nach wie vor durch die diversen Techniken der Entkoppelung von Organisationszielen und Mitgliedschaftsmotiven gelöst werden (Luhmann 1964).[5]

Feststellung Nummer 2 betrifft Kollektivakteure, die nicht nur anspruchsvolle strategische Ziele verfolgen, sondern auch An-

sprüchen der Mitglieder auf demokratische Verfahren zu genügen haben. Demokratische Willensbildung wird zur Achillesferse für Verbände, deren Handlungsprogramm viel Zeit und Kontinuität erfordert. Holistische Politik bedarf aber solcher praktischen und moralischen Investitionen; ihr Ertrag wird erst nach einer gewissen Zeitspanne spürbar. Die Mitgliedschaft muß deswegen über die gleiche Kompetenz wie der Webersche Typus des protestantischen Unternehmers verfügen: die Fähigkeit zum Gratifikationsaufschub. Die kollektiven Akteure können dafür nicht mehr auf quasi-religiöse Überzeugungen bauen: zum einen, weil diese einer Pluralität von Weltdeutungen Platz gemacht haben; zum anderen, weil das Verteilungsmuster von Deutungen und Politikpräferenzen kein Spiegelbild der Sozialstruktur mehr ist.

Doch immer noch setzt die kollektive Verfolgung langfristiger Ziele weitgehend übereinstimmende Orientierungen voraus,[6] weil anderenfalls ungeduldige, unsichere und desinteressierte Mitglieder sich nicht von der "demokratischen" Korrektur eines entsagungsvollen Weges abhalten lassen. Neues Wissen, Präferenzwandel und situative Zielbewertungen auf der einen Seite, Minderheitenschutz und Partizipationsansprüche neuer Mitglieder auf der anderen drohen, jedes langfristige Projekt zum vorzeitigen Ende zu bringen.

Mit ihrer Unfähigkeit zur Selbstbindung - oder positiv formuliert: aufgrund der Freiheit der Mitgliedschaft, was immer sie für wichtig hält, zum Entscheidungsthema zu machen - oszillieren demokratische Willensverbände zwischen den Optionen Inkrementalismus und Demokratieverzicht. Das Rationalitätsdefizit ist besonders groß, wo Inklusivität und Offenheit herrschen. Da mögen Mitglieder engagiert für "ihre" Entscheidungsalternative streiten und siegen, dann aber ihr Interesse verlieren und die Organisation wechseln, so daß denen, die andere Alternativen bevorzugten, die Realisierung der ungeliebten Entscheidung überlassen bleibt. Als Antwort auf das Steuerungsproblem reformpolitischer Akteure ist "mehr" Demokratie ebenso ungeeignet wie "mehr" Führung. Und das rechte Maß von beidem ist nicht ohne einen Schuß Selbstmythologisierung zu haben: Wohlintegrierte

Willensverbände sind immer wieder, wie wir aus der neueren Geschichte wissen, auf dem Weg, sich und ihre Umwelt zu “victims of group think” (Janis 1972) zu machen.

1.3. Das Problem der gesellschaftlichen oder Systemrationalität

Hier werden die Hindernisse holistischer Politik auf den Sachverhalt der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften zurückgeführt, womit zweierlei gemeint ist: zum einen die eigenlogische und selbstbezügliche Sinnproduktion sozialer Systeme, zum anderen deren wechselseitiges Aufeinande-angewiesen -Sein, ihre funktionale Interdependenz: Das Wirtschaftssystem bedarf der im Bildungssystem erzeugten Qualifikationen, das Bildungssystem bezieht seine Ressourcen von der Politik, und das politische System benötigt die Wertschöpfungspotenz der Wirtschaft. Ist die moderne Gesellschaft in diachroner Hinsicht das geschichtliche Resultat der Freisetzung, Entkoppelung und Autonomisierung von Handlungssphären, so erscheint sie in jedem einzelnen Augenblick, d.h. in synchroner Perspektive, als Ergebnis von Abstimmungs- und Koordinationsprozessen. Koordination ist nicht erst zur Steuerung von Wandel erforderlich. Schon der laufende Geschäftsbetrieb beruht auf so viel “Querkommunikation”, daß die Kapazität der Entscheidungssysteme regelmäßig ausgelastet scheint.

Der Spielraum für das Management der funktionalen Interdependenzen hat sich im Zuge der Globalisierung des ökonomischen Entscheidungsrahmens weiter verengt. Während (und weil) sich soziale Ansprüche an dem in der internationalen Standortkonkurrenz erreichten Produktivitätsniveau orientieren, erleidet die an den nationalen Handlungsrahmen gebundene Politik den schmerzhaften Verlust ihrer traditionellen Steuerungsmittel. Ein Gutteil der Tagespolitik ist der Bekämpfung des Phantomschmerzes gewidmet. Denn mutige Versuche der vorauseilenden Adaption an die politisch unzugänglich gewordenen Rahmenbedingungen, erst recht aber des entgegengesetzten Rückzugs in den Protektionismus, würden unmittelbar die erreichte Sozialin-

tegration gefährden. Beim Blick auf die hohe ökonomische (und globalökologische) Außenabhängigkeit scheinen politische Optionenräume schon auf mittlere Sicht sozialtheoretisch unkalkulierbar.

Unter diesen Bedingungen sind auch “geringfügige” Innovationen strengen Anforderungen an ihre Multireferentialität ausgesetzt. Sie erfordern Kompatibilitätschecks und Koordinationsanstrengungen. Anspruchsvollere Vorhaben stehen im Verdacht, einen unbekannt großen Teil ihrer Auswirkungen zu ignorieren und die Reaktionen indirekt betroffener Teilsysteme zu unterschätzen. Von solchem Verdacht sind noch nicht einmal jene Innovationen frei, die darauf zielen, die Lücke zwischen dem hohen gesellschaftlichen Steuerungsbedarf und der unzureichenden Steuerungskapazität zu schließen. Das ist der Problemkontext, in dem Regierungen immer wieder neue Ideen entwickeln, sich einiger bislang als “öffentlich” definierter Aufgaben zu entledigen und der Marktallokation von Lebenschancen größeren Raum zu geben. Eine organisierte Devolution politischer Steuerungskompetenz beantwortet seit Ende der 70er Jahre die Steuerungskrise westlicher Industriestaaten - unabhängig von der Farbe der Regierungen. Es ist nicht abwegig, im selben Problemhorizont auch Ursachen für die Synchronie des Zusammenbruchs sozialistischer Systeme in Osteuropa und die Systemreformen vieler anderer Staaten, auch in Asien und Afrika (Mbachu 1992), zu suchen.

Die Konsistenzmängel der teleologischen Weltbilder sind schon seit längerem Grund, die Idee der holistischen Politik als das Ergebnis einer naiven Übertragung des industriellen Machbarkeitsmythos auf soziale Verhältnisse abzutun. Die erkenntnistheoretischen Probleme und praktischen Risiken des Holismus lassen allein “Stückwerkstechnologien” (Popper) und eine “Wissenschaft des Sich-Durchwurstelns” (Lindblom 1959) anwendbar scheinen. In jüngerer Zeit reüssieren gesellschaftstheoretische Fassungen der Steuerungskrise, die von der Systemtheorie Niklas Luhmanns inspiriert sind. Luhmann bringt die kognitive und effektive Schwäche politischer Planung, die

nicht anders kann, als Zukunft in Kategorien der Vergangenheit zu mißdeuten, auf die bündige Formel von der “Tragik der toten Hände” (Luhmann 1989: 6).

Common sense des systemtheoretischen Denkens ist, was partikular interessierten Akteuren immer wieder zu verdrängen gelingt, nämlich der Tatbestand, daß auch Verteilungs*gegner* funktional notwendige Leistungen verbürgen. Gelingt es organisierten Partialinteressen unter Umständen, ihren Zusammenhalt durch Ignorieren funktionaler Interdependenz zu sichern, so verlieren Reformplaner mit dem selben Vorgehen den Boden unter den Füßen. Konsequent zu Ende gedacht, ist folglich nicht mehr eine Vermehrung von Optionen und erreichbaren Zuständen das “Zentralproblem moderner Gesellschaften”, sondern - wie uns Claus Offe (1986: 102) informiert - die Sicherung der Koexistenz der Funktionssysteme. Angesichts rasch steigender “Interdependenz-Risiken” empfehle sich eine utopisch anmutende “kalkulierte Nulloption” - als Ausdruck der “rationalen Selbstbeschränkung” von Steuerungsambitionen (Offe 1986: 113).

Die systemtheoretische Diagnose einer allenfalls in ihren Teilbereichen, aber nicht als Ganzes “vernunftfähigen” Gesellschaft ist eine Herausforderung an die traditionelle Gesellschaftstheorie wie an die Praxeologie der Politik. Der beschriebene Sachverhalt wird in beiden Hinsichten als extrem unbefriedigend wahrgenommen, zumal seine unbezweifelte Eignung als Erkenntnis- und Streitgegenstand schwer mit der Vorstellung von genuin beschränkten (“lokalen” bzw. Teil-) Systemrationalitäten vereinbar scheint. Aus Bemühungen um einen der Komplexität des Problems entsprechenden Steuerungsbegriff, deren logischer Ort nur die über ihre externen Voraussetzungen und Folgen “aufgeklärte” Partikularrationalität sein kann, entstand das Konzept einer “dezentralen Kontextsteuerung” (Teubner/Willke 1984). Gelänge es, die Umwelt eigenlogischer Teilsysteme so zu präparieren, daß diese durch ihr “Eigeninteresse” zur Wahl von Optionen veranlaßt würden, die den imaginierten Gesamtsystemerfordernissen korrespondieren, schienen die Rationalitätsgrenzen signifikant erweitert. Die in diesem Zusammenhang entwickelten Begriffe - “kontextuelle Intervention”, “systemische

Intervention", "politische Supervision", "Selbst-Aufklärung", "Reflexionsfähigkeit sozialer Systeme" und "empathische Außenorientierung" (Willke 1991, 1992a, 1992b) - markieren ein breites semantisches Feld, aber können lediglich die Idee, nicht jedoch hinreichende Bedingungen der Möglichkeit einer die Eigenlogik des "erkennenden" Systems transzendierenden Rationalität benennen. Spätestens beim Versuch einer Operationalisierung auf der Ebene korporativer Akteure muß die Einsicht irritieren, daß Teilsysteme (bzw. Akteure), die sich "externen" Steuerungszielen akkomodieren, indem sie sie für "andere" setzen, den Zugriff auf Bedingungen ihrer Selbstreproduktion riskieren.

Empirische Untersuchungen der Koordinationspraxis lassen keine optimistischeren Schlüsse zu. Unter günstigen Bedingungen scheinen zwar Blockaden überwindbar und innovative Kompromisse möglich: wenn sich die Akteure in einem Nichtnullsummenspiel wähnen, wenn sie in nichttrivialer Weise aufeinander angewiesen sind und wenn in kontinuierlicher Interaktion entstandenes Vertrauen von der Vorsorge gegen opportunistisches Verhalten enthebt (Scharpf 1993). Aber ein Gesamtsysteminteresse ist nicht zu erwarten: "Über die Genese bereichsübergreifender gemeinsamer Handlungsorientierungen gibt es allenfalls Vermutungen und Anekdoten, aber keine empirisch abgesicherte sozialwissenschaftliche Theorie" (Scharpf 1994: 384).

Da "mehr Demokratie", wie wir gesehen haben, eher eine Steigerung als die Ermäßigung der Problemlast verspricht, sei noch ein Wort über die entgegengesetzte Option, die Beauftragung eines "wohlwollenden Diktators", hinzugefügt: Auch sie ist ungeeignet. Während der Wettbewerb korporativer Akteure immerhin die Kopräsenz pluraler gesellschaftlicher Rationalitäten und die Abkoppelung der Entscheidungsproduktion von individuellen Affekten ermöglicht, ist jeder Versuch, die gesellschaftlichen Koordinationsprobleme in den engen Grenzen personaler Identitätskonzepte zu bearbeiten, systematisch unterkomplex. Er verbessert lediglich die Aussicht auf paradoxe Ergebnisse wie die Unterdrückung von Interessen im Interesse der Demokratie oder die Opferung von Menschen für ihre glücklichere Zukunft.

Im politischen System moderner Gesellschaft wurde ein anderer, weithin anerkannter und vergleichsweise risikoarmer Weg für den Umgang mit unerfüllbaren und widersprüchlichen Politikansprüchen gefunden: die Umleitung des Rationalitätsanspruchs von den Entscheidungs*resultaten* zu den Entscheidungs*verfahren*. Politische Legitimation durch legitimierte Verfahren ist alles andere als geschickter Volksbetrug oder der Versuch, die Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit den Institutionen des Rechtsstaats zu betäuben. Es ist die institutionell und moralisch voraussetzungsvolle Option, der Herrschaft absoluter Wahrheits- und Machtansprüche um den Preis der Ergebnisunsicherheit einer Kaskade von Entscheidungsverfahren zu entkommen. Prozedurale Rationalität ist dennoch keine Patentlösung, da es an universalen Metanormen für faire Verfahren fehlt. Wo Verfahrensnormen greifen, basieren sie auf sanktionierten Konventionen oder gründen in "lokalen" Kriterien für Fairness und Gerechtigkeit, in denen sich neben den prozeduralen Normen auch substantielle Verteilungspräferenzen und soziale Statusansprüche reflektieren.[7]

Auch und gerade holistische Politikkonzepte können nicht am Filter prozeduraler Normen vorbeigesteuert werden. Und wenig wahrscheinlich ist es - wegen der Beschränktheit ihrer kognitiven Rationalität und der Idiosynkrasie korporativer Akteure -, daß sie den Test auf Kompatibilität mit relevanten Teilrationalitäten bestehen. Folglich ist ihnen - auf der Basis der hier gemachten Annahmen - beim besten Willen keine Realisierungschance zu attestieren.

2. Das Transformationsprojekt als Exempel holistischer Politik

Zunächst werde ich begründen, warum die postsozialistische Transformation als ein holistisches Politikprojekt anzusehen und somit als Test auf das "Unmöglichkeitstheorem" geeignet ist (2.1.). Dann möchte ich die theoretischen Zweifel an seiner Realisierung resümieren (2.2.) und, drittens, die empirischen Realisierungsvoraussetzungen prüfen (2.3.).

2.1. Das Projektdesign

Abstrahieren wir von den nationalen "Transformationsgeschichten" Polens, Ungarns und Tschechiens zugunsten einer formalen Betrachtung des Reformprojekts, so scheinen alle Kriterien eines holistischen Ansatzes erfüllt. Während nach dem traditionellen Revolutionsverständnis nur die *politischen* Institutionen den gewandelten sozio-ökonomischen Verhältnissen zu adaptieren sind, ist die postsozialistische Transformation eine Inszenierung des unrestringierten politischen Willens, die in keiner Weise hinter dem Anspruch der bolschewistischen Revolution von 1917 zurücksteht.[8] Ihr Ziel ist der Um- oder Neubau aller politischen und ökonomischen Institutionen. Das Projekt definiert Teilziele, z.B. das Wirksamwerden demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen, und weist geeignet scheinende Mittel aus: Verfassungsänderungen, Verfahrensnormen, z.B. ein demokratisches Wahlrecht, und verschiedene Maßnahmenkataloge.

Nicht allen Programmdetails ist eine dem hohen Anspruch genügende Komplexität zu bescheinigen. Es mangelt an konditionalen und reflexiven Entscheidungsprogrammen, die auf "bewegliche Ziele" eingestellt sind. Nur sie könnten dem Umstand Rechnung tragen, daß künftige Entscheidungen nicht präjudiziert, sondern lediglich durch die Auswahl adäquater Verfahren und Entscheidungsprämissen vorbereitet werden können.[9] Die Protagonisten der Transformation haben sich überwiegend auf materiale Maßnahmenprogramme festgelegt.

Das Paket der Einzelmaßnahmen belegt einen umfassenden Reformanspruch. Auf politischem Gebiet geht es um die Formierung korporativer Akteure (v.a. von Parteien), die Definition der institutionellen Spielregeln eines repräsentativen parlamentarischen Systems und einer rechtsstaatlichen Grundordnung samt des für die ökonomische Liberalisierung wichtigen Vertrags- und Unternehmensrechts. Die zur Wirtschaftstransformation vorgesehenen Maßnahmen umfassen die Korporatisierung und Kommerzialisierung der Staatsunternehmen sowie ihre Privatisierung, die Freigabe der administrierten Preise, die Liberalisierung des

Binnenhandels bei weitgehender Öffnung für grenzüberschreitende Transaktionen und ein Programm der makroökonomischen Stabilisierung mit den Kernbestandteilen Subventionsabbau, Währungsabwertung und Herstellung von Währungskonvertibilität sowie die Konsolidierung des Staatsbudgets (Sachs 1991).

Nachdem die politischen Reformen sehr bald ein kompetitives Handlungsfeld und neue Akteure hervorbrachten, ist es speziell das *ökonomische* Reformprogramm, das als Test auf das Unmöglichkeitstheorem in Frage kommt. Seine holistische Qualität ist nicht nur an Umfang und Eingriffstiefe der Maßnahmen ablesbar, sondern auch an zwei weiteren Aspekten: Die Wirtschaftstransformation hat den Charakter einer sozialen *Investition*, da sie - im Unterschied zur Demokratisierung - keine unmittelbaren Gewinne bringt: Selbst Optimisten rechnen mit einer etwa zehnjährigen, von Inflation und Arbeitslosigkeit begleiteten Durststrecke (Fischer/Gelb 1991). Des weiteren wird der Erfolg des Projekts nicht von einer willkürlichen Abarbeitung des Aufgabenkatalogs erwartet, sondern wegen dem Voraussetzungscharakter vieler Maßnahmen von ihrem "richtigen" Timing. Damit sind einerseits Tempo und Reihenfolge der technisch interdependenten Maßnahmen gemeint, andererseits ihre Abstimmung mit der politischen *Entscheidungskapazität*.

Das Design eines erfolgsgeeigneten Zeitplans wurde Thema einer lebhaften Kontroverse zwischen den Befürwortern eines *gradualistischen* Vorgehens und den Protagonisten der sogenannten *Schocktherapie*. Da dieser Streit symptomatisch einige Merkmale und Probleme holistischer Politik offenlegt, möchte ich ihn nicht übergehen. Die radikale Position betont das Erfordernis einer annähernd gleichzeitigen Inkraftsetzung der Liberalisierungs- und der - mit hohen sozialen Kosten verbundenen - Stabilisierungsmaßnahmen (Fischer/ Gelb 1991). So wurde 1990 in Polen und 1991 in der ČSFR verfahren, in Rußland kamen 1992 allein Liberalisierungsmaßnahmen zur Anwendung.[10]

Die ökonomische "Eleganz" des radikalen Ansatzes beruht auf der Konsistenz der Einzelmaßnahmen: Die Volkswirtschaft er-

hält, so sagen Ökonomen, einen “realen Anker” im Preissystem des Weltmarktes; Importkonkurrenz nötigt zur Modernisierung. Die Abwertung der Währung verschafft Zeit zur Umstellung der Produktion, weil Importe verteuert und Exporte begünstigt werden. Eine derartige Schocktherapie ist irreversibel und schmerzhaft. Sie ist aber auch, wie ihre Befürworter hervorheben, makroökonomisch effizient und hat deshalb tatsächlich Therapiecharakter.[11] Ihre Achillesferse ist ein *Informationsdefizit*: Mit Sicherheit weiß man nur, daß die Maßnahmen eine kontraktive Wirkung auf die Wirtschaftstätigkeit haben, indem sie Bedingungen und Anreize tilgen, die nicht mit einer tragfähigen Entwicklung vereinbar sind. Aber man weiß im vorhinein *nicht*, wie tief der Sturz sein wird und wie rasch die neuen Anreize wirken werden.[12] Der Mangel an theoretischem und prognosefähigem Wissen von den Folgen des abrupten Institutionenwandels läßt das holistische Konzept riskant scheinen.

Der Kluft zwischen den zu erwartenden und den gerade noch tolerierbaren Folgen gilt die Kritik der “Gradualisten”, die die soziale *Zumutbarkeit* des Projekts bezweifeln. Die Befürworter einer moderaten Vorgehensweise können aber kein alternatives Zweckprogramm umfassender Reformen anbieten (Brada 1993). So scheint sich die Konkurrenz zwischen Radikalismus und Gradualismus darauf zu reduzieren, daß Radikalreformer ein neues Regelsystem oktroyieren, dem es an passenden Akteuren fehlt, während Gradualisten den alten Akteuren gestatten, sich selbst neue Regeln zu verordnen. Tatsächlich messen letztere der Konsistenz eines Gesamtprogramms keinen besonderen Wert zu. Sie rechnen auch nicht mit Akzeptanzproblemen oder Ungeduld bei einer ausgedehnten Folge kleiner Schritte.[13] Das Plädoyer für schrittweises Vorgehen ist kein holistisches Reformkonzept. Das wird unter anderem an der suggestiven Auffassung deutlich, die Institutionen der Marktwirtschaft bedürften keines staatlichen Gründungsaktes,[14] sondern würden sich zu gegebener Zeit aufgrund freier Vereinbarungen zwischen den Wirtschaftssubjekten herausbilden.[15] Ohne Zweifel kommt aber der sog. Schockthe-

rapie der Status eines holistischen Konzepts zu. Ihr hoher Anspruch hat unverzüglich Realisierungszweifel wachgerufen, die dem argumentativen Kontext des Unmöglichkeitstheorems entstammen.

2.2. Die Logik des Radikalismus

Schon frühzeitig[16] wurden gravierende Inkonsistenzen im Design des Transformationsprojekts ausgemacht. Sein Erfolg scheint vor allem durch die Inkompatibilität der Wirkungen von *Demokratie* und der Erfolgsvoraussetzungen von *Marktwirtschaft* gefährdet.

Während frühere Fälle eines Systemwechsels vom Autoritarismus zur Demokratie ohne einschneidende Veränderungen der Wirtschaftsverfassung erfolgten, erfordert die postsozialistische Transformation den radikalen Wandel der ökonomischen Koordinationsweise, des Preissystems und der Eigentumsrechte. Mehr noch: War die Ungleichheitsstruktur der "kapitalistischen" Marktwirtschaft das Ergebnis eines zeitlich ausgedehnten Modernisierungskonfliktes, der nur in seiner letzten Phase unter dem Schirm demokratischer Institutionen ausgetragen wurde, so geschieht der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus unter der erschwerenden Bedingung inklusiver demokratischer Partizipation. Es gibt keinen historischen Präzedenzfall, in dem eine demokratisch zustande gekommene und um ihre Wiederwahl besorgte Regierung in einem derartigen Umfang und *gegen* die manifesten Egalitätspräferenzen der Bevölkerung die Marktallokation von Existenzchancen einzuführen plante. Ebensowenig stand bisher "die revolutionäre Installierung einer Unternehmerklasse" (Offe 1994: 60) auf der Tagesordnung. Das Projekt weckt verständlicherweise Verdacht, einer Rückkehr zu autoritären Regierungsformen Vorschub zu leisten (Pickel 1994), was beim Blick auf die semi-präsidentiellen Systeme in Polen und Rußland nicht unplausibel scheint.

Die "Notwendigkeit und Unmöglichkeit ökonomischer und politischer Reform" (Elster 1990) respektive das "Dilemma der Gleichzeitigkeit" (Offe 1991) verweisen auf ein Problem, das tie-

fer angesiedelt zu sein scheint als die Kontroverse zwischen radikalen und gradualistischen Reformern. Während sich letztere als Sachwalter der Interessen von eher passiven Reformbetroffenen verstehen, unterliegt dem Vorwurf der Inkonsistenz die Vorstellung, die Wähler in den neuen Demokratien würden sich selbstbewußt gegen die Zumutung einer grandiosen Umverteilung von Eigentum und sozialer Sicherheit wehren und die transformationsbedingte Verschlechterung ihrer Verteilungsposition mit einem demokratischen Veto stoppen. Ist doch die Mehrheit der Bevölkerung durch die Preisreform von absoluter Deprivation und durch die Privatisierung von relativer Deprivation betroffen.

Dasselbe Problem findet Ausdruck in der These, der demokratische Übergang in eine soziale Ungleichheitsstruktur müsse scheitern, weil die "negativen" Freiheiten der Demokratie - gemeint sind v.a. die Menschen- und Bürgerrechte - nicht als ausreichende Kompensation für die verloren gegangenen "positiven" Freiheiten des Sozialismus angesehen würden, worunter die Absicherung der Mindestexistenzbedingungen und die Leistungsunabhängigkeit der Einkommen verstanden werden (Bauman 1994).

So stringent die systematischen Zweifel an der Möglichkeit eines demokratischen Übergangs zum Kapitalismus wirken, so wenig scheinen sie mit den in der frühen Phase des Transformationsprojekts gemachten Beobachtungen vereinbar. Sowohl in Polen als auch in der ČSFR konnten umfassende und schmerzhafte sozio-ökonomische Eingriffe vorgenommen werden, ohne stürmische Proteste der negativ Betroffenen auszulösen. Die Designer des holistischen Reformkonzepts vermochten es, die von den Theoretikern beschriebene Klippe zu umschiffen. Mehr noch: Vor dem Hintergrund einer positiven Bilanz des Transformationsschocks[17] sieht es ganz so aus, als sei der Holismus die adäquate Antwort auf die als "Dilemma der Gleichzeitigkeit" bezeichnete Problematik. Um das zu prüfen, werde ich noch einmal auf die Konstruktion der Schocktherapie eingehen.

Für ein holistisches Transformationsprogramm werden gemeinhin *ökonomische* Gründe angeführt. Es handelt sich um (a) die *Verringerung von Ressourcenverlusten* durch *Verkürzung der ineffizienten Zwischenstadien* der Transformation (Brada 1993), (b) um die rasche *Absorption von Unsicherheit* über die künftigen Investitionsbedingungen,[18] (c) die Verkürzung der Latenzfrist, in welcher die Reformmaßnahmen noch keine Früchte tragen,[19] sowie (d) die *Minimierung von Gelegenheiten*, in denen sich Interessen an den besonderen Bedingungen der Interimsphase formieren und organisieren können.

Weniger verbreitet sind Begründungen des Radikalismus, die seine im engeren Sinne *politische* Logik ausdrücken: (a) Die synchrone Implementation aller als Weichenstellung zu betrachtenden Maßnahmen ermöglicht es den Reformern, an notwendigerweise "harten" Entscheidungen auch dann festzuhalten, wenn sie Sanktionen der Bevölkerung befürchten müssen. Sind die reformentscheidenden Maßnahmen aber schon irreversibel geworden, so können ihre Urheber nicht mehr in Versuchung geraten, sie *vor* Eintreten der positiven Wirkungen zurückzunehmen, z.B. um auf diese Weise die Wiederwahlchancen einer Regierungspartei zu verbessern. (b) Des weiteren ist das Radikalkonzept unter günstigen Umständen geeignet, im Laufe seiner Anwendung die sozialen Voraussetzungen seines Erfolges zu verbessern. Ballen sich die gravierendsten Nachteile in der Startphase der Reformen, so bestehen günstige Aussichten, daß nach der Latenzfrist große Bevölkerungsteile Verbesserungen bemerken und daraufhin den Fortgang des Vorhabens unterstützen. Das Gegenteil war bekanntlich in den neuen Bundesländern der Fall, wo die Startphase durch ein Bündel von Gratifikationen geprägt war, denen dann Anlässe der Enttäuschung folgten, da die unvermeidlichen Übergangskosten mit Verzögerung und deswegen unerwartet auftraten.

Das holistische Radikalkonzept verfügt mit der Ballung sozialer Kosten am Start über eine Erfolgsvoraussetzung, die bei isolierter ökonomischer Betrachtung übersehen wird. Gleichzeitigkeit und Irreversibilität der wichtigsten Eingriffe verschaffen der Re-

formpolitik eine Option der *Selbstbindung*, die das temporale Rationalitätsproblem korporativer Akteure unterläuft. Ohne derartige Selbstbindung würde ein sequenzialisiertes, aber ebenfalls Gratifikationsaufschub erforderndes Reformprogramm an allgegenwärtigen Erfolgszweifeln, den Steuerungsproblemen korporativer Akteure und den hohen Koordinationsanforderungen der sich organisierenden gesellschaftlichen Teilsysteme zu scheitern drohen.

Empirisch wurde das Dilemma der Gleichzeitigkeit nicht nur durch die Nachteilskumulation in der Startphase, sondern auch durch die programmatische Verkoppelung der ökonomischen mit der politischen Transformation überwunden. In den Gründungswahlen hatten die Protagonisten des holistischen Konzepts die politische und die ökonomische Transformation als geschlossenes Paket zur Abstimmung gestellt. Sie konnten das Votum für die parlamentarische Demokratie auch als Mandatserteilung für die Wirtschaftsreform verbuchen. Damit war diese der von Adam Przeworski (1991) beschriebenen Populismusfalle entkommen.

Spätere Veränderungen in der Akteurstruktur, z.B. die Abwahl konservativ-liberaler Reformparteien in Polen und Ungarn, sowie zunehmende Steuerungsprobleme im Umgang mit Transformations- und Prosperitätszielen zeigen, daß die günstigen Startbedingungen inzwischen aufgebraucht sind. Die Notwendigkeit der Moderierung des weiteren Reformprozesses ist jedoch kein Indiz des Scheiterns. Die Akteure, die die günstige Ausgangslage zu nutzen verstanden, mögen das vorhergesehen haben. Der Tempowechsel verweist auch nicht auf Inkonsistenzen der Reformstrategie.[20] Widerstand gegen, nicht aber Adaption an den nicht-linearen Reformprozeß wäre Grund, an der Steuerungskompetenz der Akteure zu zweifeln. Denn Akteursets und Transformationsstrategien sind “endogene Elemente des Transformationsvorgangs”, weil in der komplexer werdenden Übergangsgesellschaft auch das Projekt, nämlich “die Transformation(,) selbst der Transformation unterliegt” (Baecker 1994: 8).

Die Zwischenbilanz scheint eindeutig: Der theoretisch “unmögliche” Holismus feiert in einigen Fällen der Systemtransformation bescheidene Triumphe. Um die Kluft zwischen theoretischen und empirischen Befunden zu schließen, wollen wir noch einen Blick auf den Realisierungskontext des Projektes werfen.

2.3. Die Realisierungsbedingungen

Die Transformation erfolgt unter Bedingungen, die sich von den Annahmen des “Unmöglichkeitstheorems” unterscheiden. Deutliche Unterschiede lassen sich zum einen an der Akteurstruktur, also hinsichtlich der Entstehung, Selbstdefinition und Interaktion korporativer Akteure, und zum anderen am Grad der funktionalen Differenzierung aufzeigen.

Um Außenstehenden ein Bild von den Schwierigkeiten der Politik in den Übergangsgesellschaften zu vermitteln, verweisen Kenner der Verhältnisse gern auf anhaltende Folgen der politischen Sozialisation im Sozialismus. In einschlägigen Studien[21] werden wir mit einem Habitus bekannt gemacht, in dem Eigenschaften wie Konformismus, Dogmatismus, Intoleranz und Doppelzüngigkeit eine fatale, aber harmonische Einheit bilden. Die Individuen orientierten sich an einem chaotischen Wertepluralismus, pflegten mythische Deutungen des Politischen (u.a. indem sie Demokratie mit Wohlstand assoziieren) und erwiesen sich unvertraut mit Formen kollektiven Handelns und der Vermittlung konkurrierender Interessen. Doch selbst wenn diese Feststellungen im großen und ganzen zuträfen, ist unklar, ob es sich um hinderliche oder erleichternde Umstände der Transformation handelt. Des weiteren wissen wir, daß Organisationsentscheidungen nur sehr lose mit individuellen Werten und Einstellungen verkoppelt sind.

In einer Hinsicht, nämlich die plebiszitäre Nebenfunktion allgemeiner Wahlen betreffend, signalisieren unterkomplexe politische Deutungen ein Transformationsrisiko. Im Falle von Enttäuschung mit dem Ertrag der Reformen können sie schwerlich Forderungen nach einer besseren Feinregulierung des Prozesses in-

formieren, sondern dürften - gemäß dem ihnen zugrundeliegenden dichotomen Weltbild - die Rückkehr zur “anderen” Alternative, d.h. zum sozialistischen Etatismus, nahelegen. Zwar ist dichotome Institutionenkritik, die sich mit simplen Begriffspaaren wie Markt und Staat, Kapitalismus und Sozialismus begnügt, selbst in westlichen Intellektuellenkulturen verbreitet. Während sie aber hierzulande folgenlos bleibt, da man mit der Differenziertheit von Marktverhältnissen z.B. in Stockholm und Sao Paulo vertraut ist, könnte das Transformationsprojekt unter ungünstigen Umständen durchaus populären Mißverständnissen zum Opfer fallen. Bislang bestehen dafür noch keine Anzeichen.

Die realen Probleme der Akteurkonstitution in den Reformstaaten scheinen weitaus stärker von der Abwesenheit einer sozioökonomischen “Interessenstruktur” im Sozialismus bestimmt. Bekanntlich startete der postsozialistische Kapitalismus mit hohen Erwartungen der Konsumenten, aber praktisch ohne profitorientierte und investitionsbereite Unternehmer. Da es so gut wie keine Interessenkonkurrenzen gab, entwickelten sich auch keine Kontroversen über Richtung und Tempo der Reformen.[22] Als die ökonomische Transformation Hauptthema der politischen Tagesordnung wurde, war sie bereits ein reines Expertenprojekt.[23]

Mit der Abwesenheit selbstbewußter ökonomischer Partikularinteressen war die Wirtschaftstransformation einigermaßen konfliktentlastet. Für die Politik war das Defizit allerdings mehr als nur ein Schönheitsfehler. Die demokratischen Verfahren setzen autonome Akteure (im Plural!) voraus. Deren kompetitive Interessen sind nicht Streßfaktoren, sondern Konstitutionsbedingung der neuen Institutionen. Da es nicht ausreicht, wenn Regierungen funktional notwendige, aber inexistente Interessen als advokatorische Fiktionen vertreten,[24] verarbeiten die Institutionen dieses Defizit auf unvorhergesehene und paradoxe Weise: Wir beobachten in allen Reformländern eine von den Institutionen selbst verursachte Differenzierung der Akteurstruktur. Das läßt sich an den Gruppenbildungsprozessen in der neuen politischen Elite und am Verhältnis zwischen der parlamentarischen und der verbandlichen Interessenrepräsentation nachweisen.

Die Konkurrenz um Parlamentssitze unterliegt der Nullsummenregel: Was der einen Partei entgeht, gewinnen die anderen. Dieses Verteilungsprinzip nötigt den Akteuren kompetitive Strategien unabhängig von der Stärke ihrer Differenzen auf. Existieren keine nennenswerten sozialstrukturellen "cleavages", dann orientiert sich die Konstitution von Gruppen, aus denen eventuell korporative Akteure werden, nach anderen, u.U. "zufälligen" Differenzierungsmerkmalen. In den reformpolitischen Eliten vollzogen sich Akteurformierung und Gegneridentifikation im Horizont *kultureller* Orientierungen - zwischen den Polen des nationalen Traditionalismus und eines liberalen Republikanismus sowie im Spannungsfeld regionaler Arbeiterkultur und des kosmopolitischen Intellektuellenmilieus.

In diesen Differenzierungen gründen differente Werthaltungen und besondere politische "Stile". Die Geschichte von Solidarność seit 1989 illustriert die organisationsbildende Kraft der Sekundärdifferenzen. Es war ihre *Übereinstimmung* in allen wichtigen Primärthemen des Systemwechsels, welche die neuen Eliten unter dem Druck des politischen Wettbewerbs in eine - mit dem deutschen Wort "Kulturkampf" (Márkus 1994) beschriebene - Arena symbolischer Konflikte drängte, in der die Einsätze Etiketten wie Nation, Tradition, Kirche, ethnische Identität usw. tragen. Reformpolitiker, die gerade erst demokratisch-liberalen Werten zur Geltung verholfen hatten, übten sich plötzlich in nationaler Überbietungsrhetorik und in der Wiederbelebung des antisemitischen Ressentiments.

Die Handlungssphäre, in der das Reformprojekt gestartet wurde, war noch durch einen anderen, ebenfalls institutioneninduzierten Effekt strukturiert: die signifikante Unterlegenheit des Systems der funktionalen (verbandlichen) Repräsentation gegenüber dem der territorialen (parteipolitischen) Repräsentation. Im Wettlauf um Organisationsressourcen und Einflußpositionen erwiesen sich Parteien gegenüber Verbänden vom Start weg als privilegiert und im Ergebnis weit überlegen. Wie überall profitiert das Parteiensystem von der Aufmerksamkeit, welche Wahlen genießen, und von seiner "gatekeeper"-Funktion für öffentliche Ämter.

Darüber hinaus besitzt der parlamentarische Repräsentationsstrang ein Organisationsprivileg, das bislang noch nicht in derart reiner Form zum Zuge kam: Unabhängig von Anzahl und Organisationsgrad der Parteien, unabhängig von der Art ihrer Differenzierung und unabhängig von der Wahlbeteiligung der Bevölkerung verbürgt der Mechanismus repräsentativer Wahlen immer ein vollständiges Parlament. Selbst wenn Parteien nur mäßig attraktiv sind und lediglich ein Fünftel oder ein Zehntel der Bevölkerung an die Urne locken, so ist das Ergebnis doch ein vollbesetztes, formal entscheidungsfähiges Abgeordnetenhaus. Und ist der Parlamentarismus erst einmal in Gang gekommen, so entwickelt er dank inhärenter Wettbewerbsanreize eine hohe Eigendynamik - nicht zuletzt bei der Erfindung und Vertiefung politischer Konfliktlinien.[25]

Die Akteure der funktionalen Repräsentation sind trotz gleicher Ausgangsbedingungen deutlich gehandikapt. Der Aufbau von Verbänden zur Vertretung von sektoralen, Professions- und (ökonomischen) Faktorinteressen ist- wie anderenorts- mit dem bekannten Kollektivgutproblem belastet, daß der Nutzen einer erfolgreichen Interessenvertretung auch den Nichtbeteiligten zugute kommt und deshalb andere, selektive private Anreize organisiert werden müssen. Altorganisationen, die einen erheblichen Reputationsverlust erlitten haben, können die Repräsentationslücke nicht schließen. Das Verbändesystem ist folglich schwach, fragmentiert und wenig repräsentativ. Sein Aufbau wird weder von Pull-Effekten (wie im Parteiensystem) noch vom Push-Effekt selbstbewußter Partikularinteressen vorangetrieben.

Anders als in ehemals autoritär regierten Marktwirtschaften (z.B. in Spanien oder Portugal) sind Parteien die einzigen intermediären Adressaten für soziale Ansprüche, während Parlament, Regierung und Administration alleinzuständig sind für die Abarbeitung des gesellschaftlichen Koordinationsbedarfs. Da unter diesen Umständen parteipolitische Prioritäten und Themenpräferenzen unwidersprochen die politische Agenda bestimmen, beklagen Beobachter eine lähmende “Überparlamanentarisierung” (Ágh 1993) der Politik. Das asymmetrische Verhältnis von terri-

torialer und funktionaler Repräsentation profitiert von der normativen Kraft des Faktischen und ist durch nachholende Organisierungsprozesse nicht unmittelbar gefährdet.

Was unter normativen Gesichtspunkten defizitär zu sein scheint, ist allerdings Teil eines Kranzes von – alles in allem – ausgesprochen *günstigen Ausgangsbedingungen* der Transformation. Der Abschied vom sozialistischen Institutionensystem beruhte auf einem Konsens, der große Mitgliedersegmente der kommunistischen Parteien einschloß und den unkontroversen Wechsel politischer Orientierungen und Eliten bewirkte. Es entstand ein handlungsfähiges Parteien- und Regierungssystem, dessen Konfliktstruktur nicht von den zahlreichen Designproblemen des Reformprojektes, sondern von Sekundärthemen der kulturellen Selbstvergewisserung bestimmt war. Die Transformationspolitik blieb von Einflußnahmeversuchen "starker" korporativer Akteure unbehelligt und war folglich auch nicht mit schwierigen Aufgaben der Koordination gesellschaftlicher Teilsysteme belastet.

Mehr noch: Das anspruchsvolle Reformprogramm harmonierte mit kognitiven Rückständen des Sozialismus: Seine Protagonisten konnten an die Vorstellung von einem allzuständigen und allmächtigen Staat anknüpfen. Der staatliche Zugriff auf alle Institutionen und Parameter der Wirtschaft provozierte keine ernstzunehmenden Erfolgszweifel.

Der den Start ermöglichende Konsens mag inzwischen verbraucht, die staatliche Kompetenzfiktion verblaßt sein. Auch werden soziale Nachteile nicht mehr ohne weiteres als Investitionen in eine bessere Zukunft verbucht. Mit der nachholenden Organisierung der Partikularinteressen gewinnt die Akteurstruktur ähnliche Züge wie in konsolidierten Demokratien. So werden künftige Erfolge mehr und mehr von der Steuerungsfähigkeit staatlicher und "privater" Akteure, d.h. von sektoralen und intersektoralen Koordinationsanstrengungen, abhängig. Dabei scheinen die Aussichten um so günstiger, je konsistenter und instruktiver die am Start vorgenommen Weichenstellungen waren: zum einen wegen der Effizienz der dadurch ausgelösten Adaptionen; zum an-

deren, weil der Umfang der Startmaßnahmen die Schwelle festlegte, die emergente Akteure überspringen müßten, um den Kurs zu revidieren.

3. Das Testergebnis

Nach der Konfrontation des Theorems der Unmöglichkeit holistischer Reformpolitik mit dem Fall der gesteuerten Systemtransformation lassen sich die Befunde auf den Ebenen individueller, korporativer und gesellschaftlicher Rationalität wie folgt skizzieren:

(1) Die Transformation liefert keine Anhaltspunkte, nach denen die Bedeutung der kognitiven Dimension für holistische Konzepte zu hoch angesetzt ist. Aber es zeigt sich, daß "korrektes" Wissen, wie immer es zu definieren wäre, keine notwendige Startbedingung darstellt. Ausschlaggebend ist die Abwesenheit von Unsicherheit auf der Ebene kollektiv verbindlichen Entscheidens. Hier profitierte das Projekt weitaus mehr von der breiten Ablehnung sozialistischer Institutionen und dem Wunsch, alle Machtbasen zu schleifen, als von positivem Wissen über den Weg zu Glück und Wohlstand. Es waren zum nicht geringen Teil Fehlannahmen und Mythen beteiligt, z.B. was die verbreitete Identifikation von Demokratie und wirtschaftlicher Prosperität oder die Illusion eines von Konsumwünschen getragenen Kapitalismus betrifft. Keineswegs abwegig ist die These, daß das Unwissen über den komplexen Voraussetzungscharakter von Demokratie und Marktwirtschaft erst die Karriere dieser Begriffe ermöglichte. Als Chiffren des Wunsches nach einem definitiven Systemwechsel sorgten sie für konvergierende Orientierungen. So ergab sich, was in pluralistischen Demokratien extrem unwahrscheinlich ist: die allgemeine Zustimmung zu einem anspruchsvollen Projekt, das auf einen hochgradig koordinationstauglichen Begriff als "fokalen Punkt" - im Sinne der Strategietheorie von Thomas Schelling (1960) - verkürzt war.

(2) Auf der Ebene korporativer Akteure blieb das Transformationsprojekt ausgerechnet von jenen Phänomenen unbelastet, die

unter dem Schlagwort “civil society” als seine zentralen Modal- und Zweckkategorien populär geworden waren: den Erscheinungsformen gesellschaftlicher Selbstorganisation. Unabhängige Interessenorganisationen, die modernen Industriegesellschaften ein gewisses Koordinationsniveau verbürgen, während sie gleichzeitig den Horizont politischer Möglichkeiten beschränken, waren zu Beginn der Transformation noch abwesend. Die Befürworter des Holismus hatten die günstige Ausgangssituation korrekt identifiziert, als sie mit Verweis auf die kommende Organisierung partikularer Interessen für eine mutige Schocktherapie plädierten (Lösch 1992).

Dem radikalen Vorgehen darf sogar Demokratieverträglichkeit zugeschrieben werden: In dem Maße, wie man sich zu irreversiblen Eingriffen entschlossen hatte, konnten korporative Akteure auf demokratietheoretisch fragwürdige Maßnahmen der Sicherung ihrer Strategiefähigkeit durch Selbstbindung verzichten: eine strikte Abkoppelung der Führungsentscheidungen vom Mitgliederwillen oder die Immunisierung weitreichender Beschlüsse gegen spätere Revisionsbegehren. Da auch Prinzipien der Verfahrenslegitimation noch nicht zwingende Geltung erlangt hatten, blieb das Projekt gleichzeitig von prozeduralen Restriktionen frei.

(3) Schließlich scheiterte das Transformationsprojekt nirgendwo an Koordinationsproblemen zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen, weil die sozialistische Gesellschaft vielleicht ständisch, aber kaum funktional differenziert war (Meier 1990). Subsystemautonomie war kein Reformhindernis, sondern ist ein - nicht immer begriffenes - Ziel des Systemwechsels. Die Basisinstitutionen der neuen Ordnung konnten im Wege hierarchischer Steuerung durch die politische Spitze implantiert werden. Auch heute sind selbstregulative Teilsysteme, etwa der Wirtschaft, des Bildungs- oder des Rechtswesens, erst ansatzweise ausgebildet. Der theoretisch anachronistische Holismus profitierte also vom parallelen Phänomen einer prämodernen Gesellschaftsordnung: von der Einfachheit der nach mechanischen Modellen des 19. Jahrhunderts konstruierten und organizistische

Selbstbeschreibungen des 18. Jahrhunderts produzierenden sozialistischen Herrschaftsmaschine. Nach ihrem Verschwinden wird es kaum mehr Gelegenheiten geben, die soeben gewonnenen Transformationserfahrungen fruchtbar zu machen. Sie sind nicht übertragbar auf funktional differenzierte Gesellschaften, deren Regierungen nicht unbegründet die Fähigkeit abgesprochen wird, "regieren zu können" (Wills 1994).

Schlußbemerkung

Das Projekt der gesteuerten Systemtransformation ist ein aufschlußreicher Test auf die These der systematischen Unzulänglichkeit holistischer Politik. Ihre Aussagen sind nicht revisionsbedürftig, auch wenn die Prämissen nicht überall und jederzeit erfüllt sind. Dieses Testergebnis läßt sich nach zwei Seiten spezifizieren.

Nur die Ausgangsbedingungen der Transformation waren unbelastet von Hindernissen, an denen holistische Reformen in funktional differenzierten Gesellschaften notwendig auflaufen: rivalisierenden Situationsdeutungen, eigensinnigen oder strategieunfähigen Korporativakteuren und der Unkoordinierbarkeit komplexer Innovationen. Doch sind gerade die erfolgreicheren Projekte bald mit genau jenen Wirkungen funktionaler Differenzierung konfrontiert, auf denen das Unmöglichkeitstheorem beruht. Mit wachsendem Modernisierungserfolg wird die Politik der Selbstbezüglichkeit und Steuerungsresistenz der gesellschaftlichen Funktionssysteme gewahr werden. Darum ist der sog. Schocktherapie, wie sie in Tschechien und Polen Früchte zu zeigen beginnt, ein hohes Maß an situativer Rationalität zu bescheinigen.

Reformprogramme für moderne Gesellschaften können aus dem Gelingen der Transformation keinen Gewinn ziehen. Ihre über das gewöhnliche Alltagsgeschäft der Politik hinausreichenden Ansprüche werden weiterhin des Vorlaufs öffentlicher Debatten bedürfen, auf Anreize für "eigenlogische" Innovationen im je-

weiligen Funktionssystem setzen müssen und schließlich die Verallgemeinerung emergenter Fortschritte durch den Gesetzgeber zu reklamieren haben. Dieser Pfad einer alles andere als holistischen Reformpolitik hat seine eigenen Risiken und Strategieoptionen. Vom Transformationsprojekt bleibt nur eines zu lernen: der Wert der unerwarteten günstigen Gelegenheit.

Anmerkungen

1 Vgl. Klein (1991), Murrel (1993) und Pickel (1993).
2 Ungleichzeitige Änderungen der Handlungsweisen wären ungeeignet, den Zweifel an der Glaubwürdigkeit individueller Prätentionen zu tilgen. Dieser Zweifel und nicht etwa die Vorstellung eines universalen Egoismus bildet die empirische Grundlage der utilitaristisch-konsequenzialistischen Handlungstheorie (vgl. Schüßler 1988).
3 Vgl. die von Elster (1981) angeregte Diskussion über counterfactuals und mögliche Welten.
4 Von zentraler Bedeutung sind insbesondere die mit den Namen Kenneth Arrow (1951) und Mancur Olson (1968) verbundenen Theoreme sowie die Erkenntnisse der mathematischen Spieltheorie (vgl. Luce/Raiffa 1957, Rieck 1993).
5 Von kompetenten Parteipolitikern, wie z.B. Helmut Kohl oder Gregor Gysi, dürfen wir annehmen, daß ihnen dieses Dilemma vertraut ist. D.h., sie wissen, daß sie eine rasche Dezimierung ihrer Mitgliedschaft bewirken würden, wenn sie diese mit ihrem ungeschönten Situations- und Führungswissen konfrontierten.
6 Vgl. Aberbach/Rockman (1992: 149).
7 Zur Forschung über Standards “lokaler Gerechtigkeit” vgl. Schmidt (1992) und Elster (1993).
8 Das betont u.a. Bauman (1994).
9 Vgl. Luhmann (1971) zum konditionalen Charakter politischer Planung.
10 Die Wirkungen der Preisliberalisierung verpufften in Rußland, weil sich die politischen Akteure nicht auf ein makroökonomisches Konsolidierungsprogramm und die Verlagerung der Trägerschaft für soziale Garantien von den Unternehmen auf den Staat verständigen konnten. Im Rahmen einer unverändert expansiven Haushaltspolitik werden die Betriebe weiterhin mit staatlichen Subventionen und Krediten gestützt, wodurch sie einerseits betriebswirtschaftlicher Budget- und Kostendisziplin enthoben, andererseits - als Folge der hohen Inflationsrate - mit extremer Investitionsunsicherheit konfrontiert sind (vgl. z.B. Brada 1993).
11 Die Logik der Schocktherapie ist es, eine Knappheitsökonomie, in welcher die Nachfrage Produktion und Warenangebot weit übersteigt, in eine Überflußökonomie zu verwandeln, in welcher sich das Angebot (und damit das Investitionsverhalten) nach der zwar geschrumpften, aber nun in ihrer Marktposition aufgewerteten Nachfrage und damit nach den erzielbaren relativen Preisen richtet.
12 Gegenüber der mixed economy der Übergangswirtschaft muß auch das

ansonsten axiomatisch konsistente Theoriengebäude der ökonomischen Neo-Klassik versagen (Krug 1991). Auf die Wissenslücke des Radikalkonzepts verweisen auch Coricelli/Milesi-Ferretti 1993) und Pickel (1993).

13 Zu dieser Kritik am Gradualismus vgl. Lösch (1992), Brada (1993) und Schmieding (1992). Auch von seinen Befürwortern wird dem Gradualismus inhärente Instabilität bescheinigt (Roland 1993).

14 Naive Vorschläge trennen zwischen Institutionengenese und Institutionengeltung, indem sie suggerieren, es sei möglich und sinnvoll, zunächst die für Marktverhältnisse geeigneten Institutionen gewissermaßen formal herzustellen und zu einem späteren Zeitpunkt den zu ihnen passenden "Markt" einzuführen (so Koslowski 1992).

15 Der gradualistische Ansatz fällt einem allzu weit gefaßten Institutionenbegriff zum Opfer: Gewiß mögen Monogamie oder Tauschbeziehungen das Ergebnis einer evolutionären Institutionalisierung sein, die Institutionen der modernen Industriegesellschaft jedoch - also Unternehmens- und Wettbewerbsrecht, Banken und Börsen, Finanzämter und Gerichte sowie das System sozialer Sicherungen, sind es jedenfalls nicht (vgl. auch Dietz 1993). Sie waren und sind das Ergebnis kollektiver Entscheidungen (social choice), an denen gemäß dem Geschäftsverteilungsplan moderner Gesellschaften staatliche Akteure initiierend oder koordinierend beteiligt sind. Die Resultate mögen sich später in der makroskopischen Perspektive als problem induziert und kontextbedingt beschreiben lassen, genetisch sind sie jedoch alles andere als Indikatoren eines "effizienten" Geschichtsprozesses, der passend zu problematisierten Sachverhalten auch die zu ihrer Bearbeitung geeigneten "Lösungen" hervorbringt - was engagierte Verfechter des politischen Neoinstitutionalismus nicht müde werden zu betonen (March/Olsen 1989).

16 Vgl. Jon Elster (1990) und Claus Offe (1991).

17 Eine hinsichtlich der Wachstums-, Beschäftigungs- und Inflationsentwicklung unbestritten positive Transformationsbilanz wird der Tschechischen Republik aufgemacht (Jennewein 1994; Orenstein 1994). Als etwas weniger günstig, aber auf dem Wege einer nachhaltigen Besserung befindlich wird die Transformationssituation Polens beurteilt (EIU 1994; Handelsblatt, 15.11.1994 und 17.11.1994).

18 Unter Unsicherheit ziehen Investoren aufgrund rationaler Risikenabwägung allenfalls leicht liquidierbare Kapitalinvestitionen in Betracht, aber enthalten sich irreversibler Festlegungen in Gestalt von Sachinvestitionen (Pindyck 1991).

19 Vgl. die von Fischer/Gelb (1991) spezifizierten Zeitbedarfsschätzungen der Teilreformen.

20 Vgl. Przeworski (1991) und Müller (1994).
21 Z.B. von Nikolai Genov (1991) und Piotr Sztompka (1993).
22 Wie Bauman (1994) betont, hatten die Vertreter der Solidarność am Runden Tisch noch 1989 keinerlei Ambitionen, die staatliche Planwirtschaft abzuschaffen und eine umfassende Privatisierung durchzuführen.
23 Die formale Analogie mit dem ostdeutschen Transformationsprojekt, das als einziges im Medium der Außenpolitik konzipiert wurde, ist verblüffend (vgl. Wiesenthal 1994).
24 Staniszkis (1991) macht auf die advokatorische Repräsentation "theoretischer" Interessen aufmerksam.
25 Zur kompetitiven Orientierung von Parlamentariern vgl. Mayntz/Neidhardt (1989).

Literatur

Aberbach, Joel D./ Rockman, Bert A., 1992: Does Governance Matter -And If So, How? Process, Performance, and Outcomes. Governance 5 (2), 135-153

Ágh, Attila, 1993: From Nomenclatura to Clientura: The Emergence of New Political Elites in East Central Europe. Budapest Papers on Democratic Transition No. 68. Department of Political Science, Budapest University of Economics

Arrow, Kenneth J., 1951: Social Choice and Individual Values. New York: Wiley

Baecker, Dirk, 1994: Nichttriviale Transformation. Ms. Universität Bielefeld

Bauman, Zygmunt, 1994: A Revolution in the Theory of Revolutions? International Political Science Review 15 (1), 15-24

Brada, Josef C., 1993: The Transformation from Communism to Capitalism: How far? How Fast? Post-Soviet Affairs 9 (1), 87-110

Coricelli, Fabrizio/ Milesi-Ferretti, Gian Maria, 1993: On the credibility of 'big bang' programs: A note on wage claims and soft budget constraints in economies in transition. European Economic Review 37 (2-3), 387-395

Dietz, Raimund, 1993: Transformation in Mittel- und Osteuropa. Eine Synopsis. Europäische Rundschau 1993, 61-75

EIU (The Economist Intelligence Unit) 1994: Country Report Poland, 3rd quarter. EIU: London

Elster, Jon, 1981: Logik und Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Elster, Jon, 1990: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform. In: Ploszajski, Piotr (Hg.): Philosophy of Social Choice. Warsaw: IFiS Publishers, 309-316

Elster, Jon, 1993: Local Justice. New York: Russell Sage Foundation

Fischer, Stanley/ Gelb, Alan, 1991: The Process of Socialist Economic Transformation. Journal of Economic Perspectives 5 (4), 91-105

Genov, Nikolai, 1991: Der Übergang zur Demokratie: Trends und Widersprüche der gesellschaftlichen Rationalisierung. Berliner Journal für Soziologie 1 (3), 413-425

Handelsblatt, 15.11.1994: "Zeit für Investitionen in Polen ist reif" (von Klaus C. Engelen)

Handelsblatt, 17.11.1994: "Die Regierung setzt auf makroökonomische Stabilität" (von Rainer Nahrendorf und Reinhold Vetter)

Janis, Irving L., 1972: Victims of Groupthink. Boston: Mifflin

Jennewein, Marga, 1994: Die tschechische Wirtschaft: Vorbild für einen er-

folgreichen Systemwechsel? ifo Schnelldienst 47 (31), 25-34
Klein, Dieter, 1991: Doppelte Modernisierung im Osten: Illusion oder Option der Geschichte. In: Brie, Michael/ Klein, Dieter (Hg.): Umbruch zur Moderne? Hamburg: VSA, 9-34
Koslowski, Rey, 1992: Market Institutions, East European Reform, and Economic Theory. Journal of Economic Issues 26 (3), 673-705
Krug, Barbara, 1991: Blood, sweat, or cheating: politics and the transformation of socialist economies in China, the USSR, and Eastern Europe. Studies in Comparative Communism 24 (2), 137-150
Lindblom, Charles E., 1959: The Science of Muddling Through. Public Administration Review 19, 79-88
Lösch, Dieter, 1992: Der Weg zur Marktwirtschaft. Eine anwendungsbezogene Theorie der Systemtransformation. Wirtschaftsdienst 72 (12), 656-663
Luce, R. Duncan/ Raiffa, Howard, 1957: Games and Decisions. New York: Wiley
Luhmann, Niklas, 1964: Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin: Duncker und Humblot
Luhmann, Niklas, 1971: Politische Planung. Opladen: Westdeutscher Verlag
Luhmann, Niklas, 1989: Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag. Politische Vierteljahresschrift 30 (1), 4-9
March, James G./ Olsen, Johan P., 1989: Rediscovering Institutions. New York: Free Press
Márkus, György G., 1994: From Kulturkampf to the Emergence of a Post-Communist Social Democratic Cleavage. Cleavage Dynamics in Central Eastern Europe: the Case of Hungary. Paper presented to the 16th IPSA World Congress, August 21-25, 1994 in Berlin
Mayntz, Renate/ Neidhardt, Friedhelm, 1989: Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten - eine empirisch explorative Studie. Zeitschrift für Parlamentsfragen 20 (3), 370-387
Mbachu, Ozoemenam, 1992: The impact of perestroika and glasnost on African politics. Coexistence 29 (3), 297-304
Meier, Artur, 1990: Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17/90, 3-14
Miller, George A., 1956: The Magic Number Seven, Plus or Minus Two: Some Limits on Our Capacity for Processing Information. Psychological Review 64, 81-97
Müller, Klaus, 1994: From Post-Communism to Post-Modernity? Economy and Society in the Eastern European Transformation. In: Grancelli, Bruno (Hg.): Social Change and Modernization. New York: de Gruyter

Murrell, Peter, 1993: What is Shock Therapy? What Did it Do in Poland and Russia? Post-Soviet Affairs 9 (2), 111-140
Offe, Claus, 1986: Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. In: Berger, J. (Hg.): Die Moderne. Kontinuitäten und Zäsuren. Göttingen: Schwartz, 97-117
Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. Merkur 505 (4), 279-292
Offe, Claus, 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts. Frankfurt/M., New York: Campus
Olson, Mancur jr., 1968: Die Logik des kollektiven Handelns. Tübingen: Mohr
Orenstein, Mitchell, 1994: The Czech Tripartite Council and Interest Representation in a Liberal State. Budapest Papers on Democratic Transition No. 99. Department of Political Science, Budapest University of Economics
Pickel, Andreas, 1993: Can Capitalism Be Constructed? Competing Conceptions of Postcommunist Economic Transformation. Ms. Honolulu 1993
Pickel, Andreas, 1994: Ökonomische Transformation und politische Ordnung. Zur Funktionalität autoritärer und demokratischer Herrschaftsformen. Berliner Debatte Initial (2), 95-111
Pindyck, Robert S., 1991: Irreversibility, Uncertainty, and Investment. Journal of Economic Literature 29 (3), 1110-1148
Przeworski, Adam, 1991: Democracy and the Market. Cambridge: Cambridge University Press
Rieck, Christian, 1993: Spieltheorie. Wiesbaden: Gabler
Roland, Gerard, 1993: Political economy of restructuring and privatization in Eastern Europe. European Economic Review 37 (2-3), 533-540
Sachs, Jeffrey D., 1991: Crossing the Valley of Tears in East European Reform. Challenge 34 (5), 26-34
Scharpf, Fritz W., 1993: Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen. In: Héritier, Adrienne (Hg.): Policy-Analyse. Opladen: Westdeutscher Verlag, 57-83
Scharpf, Fritz W., 1994: Politiknetzwerke als Steuerungssubjekte. In: Derlien, Hans-Ulrich, et al. (Hg.): Systemrationalität und Partialinteressen. Baden-Baden: Nomos
Schelling, Thomas C., 1960: The Strategy of Conflict. Oxford: Oxford University Press
Schmidt, Volker H., 1992: Lokale Gerechtigkeit - Perspektiven soziologischer Gerechtigkeitsanalyse. Zeitschrift für Soziologie 21 (1), 3-15
Schmieding, Holger, 1992: Gradualismus oder Schocktheapie? Eine Zwischenbilanz der ostmitteleuropäischen Erfahrungen. Konjunkturpolitik Beiheft Nr. 40, 11-27

Schüßler, Rudolf, 1988: Der homo oeconomicus als skeptische Fiktion. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40 (3), 447-463
Staniszkis, Jadwiga, 1991: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa. In: Deppe, Rainer/ Dubiel, Helmut/ Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 326-347
Sztompka, Piotr, 1993: Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies. Zeitschrift für Soziologie 22 (2), 85-95
Teubner, Gunther/ Willke, Helmut, 1984: Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht. Zeitschrift für Rechtssoziologie 5 (1), 4-35
Weick, Karl E., 1985: Der Prozeß des Organisierens. Frankfurt/M.: Suhrkamp
Wiesenthal, Helmut, 1993: Akteurkompetenz im Organisationsdilemma. Grundprobleme strategisch ambitionierter Mitgliederverbände und zwei Techniken ihrer Überwindung. Berliner Journal für Soziologie 3 (1), 3-18
Wiesenthal, Helmut, 1994: Die Transformation der DDR: Grundlinien eines nicht durchweg privilegierten Sonderfalls. In: Wollmann, Hellmut, et al. (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Opladen: Westdeutscher Verlag (i.E.)
Willke, Helmut, 1991: Regieren als die Kunst systemischer Intervention. In: Hartwich, Hans-Hermann / Wewer, Göttrik (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik III. Opladen: Leske + Budrich, 35-51
Willke, Helmut, 1992a: Prinzipien politischer Supervision. In: Bußhoff, Heinrich (Hg.): Politische Steuerung. Baden-Baden: Nomos, 51-80
Willke, Helmut, 1992b: Ironie des Staates. Frankfurt/M.: Suhrkamp
Wills, Garry, 1994: Clinton's Troubles. New York Review of Books 41 (15), 4-8

Helmut Wiesenthal

1938 in Meuselwitz/Thüringen geboren.
Studium der Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft in Münster und Bielefeld.
1979 Diplom in Soziologie.
1987 Promotion an der Universität Bielefeld.
1992 Habilitation in Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.
Seit 1992 Leiter der Max-Planck-Arbeitsgruppe "Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern" an der Humboldt-Universität zu Berlin.
Seit März 1994 Professor für das Gebiet "Systeme gesellschaftlicher Interessenvermittlung" am Fakultätsinstitut Sozialwissenschaften der Philosophischen Fakultät III der Humboldt-Universität.

Ausgewählte Veröffentlichungen

Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form. Political Power and Social Theory, 1, 1980: 67-115 (mit Claus Offe).
Strategie und Illusion. Rationalitätsgrenzen kollektiver Akteure am Beispiel der Arbeitszeitpolitik 1980-1985. Frankfurt/M., New York: Campus 1987.
Rational Choice. Ein Überblick über Grundlinien, Theoriefelder und neuere Themenakquisition eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas. Zeitschrift für Soziologie, 16 (6), 1987: 434-449.
Time, Money, and Welfare-State Capitalism. In: J. Keane (ed.): Civil Society and the State. London, New York: Verso, 1988: 221-243 (mit Karl Hinrichs und Claus Offe).
Kapitalinteressen und Verbandsmacht. 'Two Logics of Collective Action' Revisited. In: H. Abromeit, U. Jürgens (Hrsg.): Die po-

litische Logik wirtschaftlichen Handelns. Berlin: Edition Sigma, 1992: 38-61.
Sturz in die Moderne. Der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen Osteuropas. In: M. Brie, D. Klein (Hrsg.): Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich. Hamburg: VSA, 1992: 162-188.
Institutionelle Dynamik und soziale Defensive. Eine vergleichende Betrachtung der Akteurkonstellation im Transformationsprozeß der neuen Bundesländer. BISS-Public 11, 1993: 5-23.
Realism in Green Politics. Edited by John Ferris. Manchester, New York: Manchester University Press 1993.
Lernchancen der Risikogesellschaft. Über gesellschaftliche Innovationspotentiale und die Grenzen der Risikosoziologie. Leviathan, 22 (1), 1994: 135-159.
Unternehmerverbände im Systemwechsel: Entwicklung und Status organisierter Wirtschaftsinteressen in den Transformationsprozessen Ostmitteleuropas und Rußlands. In: W. Streeck (Hrsg.): Staat und Verbände. PVS-Sonderheft 25. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994: 293-336 (mit Petra Stykow).

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

1 *Volker Gerhardt*
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität

2 *Hasso Hofmann*
Die versprochene Menschenwürde

3 *Heinrich August Winkler*
Von Hitler zu Weimar
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie

4 *Michael Borgolte*
"Totale Geschichte" des Mittelalters?
Das Beispiel der Stiftungen

5 *Wilfried Nippel*
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit

6 *Heinz Schilling*
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich

7 *Hartmut Harnisch*
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914

8 *Fritz Jost*
Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen

9 *Erwin J. Haeberle*
Historische Entwicklung und aktueller internationaler Stand der Sexualwissenschaft

10 *Herbert Schnädelbach*
Hegels Lehre von der Wahrheit

11 *Felix Herzog*
Über die Grenzen der Wirksamkeit
des Strafrechts

12 *Hans-Peter Müller*
Soziale Differenzierung und Individualität
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose

13 *Thomas Raiser*
Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig
der Rechtswissenschaft

14 *Ludolf Herbst*
Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik

15 *Gert-Joachim Glaeßner*
Demokratie nach dem Ende
des Kommunismus

16 *Arndt Sorge*
Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen
in Ostdeutschland

17 *Achim Leube*
Semnonen, Burgunden, Alamannen
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte

18 *Klaus-Peter Johne*
Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der Forschung

19 *Volker Gerhardt*
Die Politik und das Leben

20 *Clemens Wurm*
Großbritannien, Frankreich und die
westeuropäische Integration

21 *Jürgen Kunze*
Verbfeldstrukturen

22 *Winfried Schich*
Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter:
Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen

23 *Herfried Münkler*
Zivilgesellschaft und Bürgertugend
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen
einer sozio-moralischen Fundierung?

24 *Hildegard Maria Nickel*
Geschlechterverhältnis in der Wende
Individualisierung versus Solidarisierung?

25 *Christine Windbichler*
Arbeitsrechtler und andere Laien in
der Baugrube des Gesellschaftsrechts
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung

26 *Ludmila Thomas*
Rußland im Jahre 1900
Die Gesellschaft vor der Revolution

27 *Wolfgang Reisig*
Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen
das Herkömmliche oder etwas
grundlegend Neues?

28 *Ernst Osterkamp*
Die Seele des historischen Subjekts
Historische Portraitkunst in Friedrich Schillers "Geschichte des
Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung"

29 *Rüdiger Steinlein*
Märchen als poetische Erziehungsform
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen
"Kinder- und Hausmärchen"

30 *Hartmut Boockmann*
Bürgerkirchen im späteren Mittelalter

31 *Michael Kloepfer*
Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung
aus Vergangenheitserfahrung
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland

32 *Dietrich Benner*
Über die Aufgaben der Pädagogik nach
dem Ende der DDR

33 *Heinz-Elmar Tenorth*
"Reformpädagogik"
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen

34 *Jürgen K. Schriewer*
Welt-System und Interrelations-Gefüge
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem
Vergleichender Erziehungswissenschaft

35 *Friedrich Maier*
"Das Staatsschiff" auf der Fahrt von
Griechenland über Rom nach Europa
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand
in Text und Bild

36 *Michael Daxner*
Alma Mater Restituta oder
Eine Universität für die Hauptstadt

37 *Konrad H. Jarausch*
Die Vertreibung der jüdischen Studenten
und Professoren von der Berliner Universität
unter dem NS-Regime

38 *Detlef Krauß*
Schuld im Strafrecht
Zurechnung der Tat oder Abrechnung mit dem Täter?

39 *Herbert Kitschelt*
Rationale Verfassungswahl?
Zum Design von Regierungssystemen
in neuen Konkurrenzdemokratien

40 *Werner Röcke*
Liebe und Melancholie
Formen sozialer Kommunikation in
der ‘Historie von Florio und Blanscheflur’

41 *Hubert Markl*
Wohin geht die Biologie?

42 *Hans Bertram*
Die Stadt, das Individuum und das
Verschwinden der Familie

43 *Dieter Segert*
Diktatur und Demokratie in Osteuropa
im 20. Jahrhundert

44 *Klaus R. Scherpe*
Beschreiben, nicht Erzählen!
Beispiele zu einer ästhetischen Opposition:
Von Döblin und Musil bis zu Darstellungen
des Holocaust

45 *Bernd Wegener*
Soziale Gerechtigkeitsforschung:
Normativ oder deskriptiv?

46 *Horst Wenzel*
Hören und Sehen - Schrift und Bild
Zur mittelalterlichen Vorgeschichte
audiovisueller Medien

47 *Hans-Peter Schwintowski*
Verteilungsdefizite durch Recht
auf globalisierten Märkten
Grundstrukturen einer Nutzentheorie des Rechts